

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und aus- wärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Weimar, 11. September. Die ständige Deputation des volkswirtschaftlichen Congresses ist durch Hopf, Biedermann, Franke, Michaelis, Müller und Billing ergänzt worden. Zum Vorsitzenden wurde Lette, zum Schatzmeister Hopf gewählt.

Weimar, 11. September. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung des volkswirtschaftlichen Congresses wurde die Anwendung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf Advocaten und Aerzte beschlossen. Die Bantfrage und sonstige Anträge wurden dem nächsten Congrèsse vorbehalten. Demnächst wurde der Congrèß geschlossen.

Wien, 11. September. „Scharffs Correspondenz“ demonstriert die Behauptungen auswärtiger Blätter über Differenzen in handelspolitischen Angelegenheiten zwischen dem Grafen Rechberg und den Ministern der Finanzen und des Handels.

Turin, 10. September. Nach der „Discussion“ wäre der Schluss der Sitzungen der Kammer nahe bevorstehend. — Der Kriegsminister hat beschlossen, diejenigen gefangenen Garibaldianer, welche noch nicht 18 Jahre alt sind, ihren Familien zurück zu schicken.

Landtags-Verhandlungen.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. Sept. Präsident Grabow eröffnet die Sitzung bei stark besetztem Hause. Die Tribünen sind lange vor Beginn der Sitzung bis auf den letzten Platz gefüllt, in der Herrenhausloge: Dr. v. Kleist-Reckow und einige andere Mitglieder des Hauses; in der Hoslog: General v. Wrangel; die Diplomatenloge ist schwach besetzt. Am Ministerial: sämtliche Minister, Major Schwarze, Oberst v. Boese, Geheimer Kriegsrath Sixtus, Geh. Finanzrath Moelle, als Regierungs-Commissare.

Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildet der Bericht der Budgetcommission über den Militair-Etat. (Ref. Abg. v. Baerst). Das Tweten-Stavenhagen-Sybelsche Amendement wird von Seiten der Fractionen v. Vincke und v. Rönné ausreichend unterstützt.

Beim Beginn der Generaldiscussion ergreift der Handelsminister v. d. Heydt zu der bereits ausführlich mitgetheilten Erklärung das Wort. (Dieselbe wird in einzelnen Stellen von Beichen der Rechtsvereinstimmung begleitet; bei der Stelle, welche das Zustandekommen eines Etatsgesetzes durch die Commissions-Anträge für unmöglich gemacht erklärt, wird aus der Herrenhausloge ein Bravo des Herrn v. Kleist-Reckow lautbar.)

Die Rednerliste wird hierauf verlesen, sie ergiebt etwa 50 Namen, die grösste Hälfte derselben gegen die Commissions-Anträge eingezzeichnet. Die Reihenfolge beginnt — abwechselnd gegen und für — wie folgt: v. Sybel, Waldeck, v. Gottberg, v. Carlowitz, v. Vincke-Olbendorf, Birchow, v. Vincke (Stargard), v. Hoverbeck, v. Saenger, Gneist, Gr. Bethush-Hue, v. Fordenbeck, Bayer, Nupp, v. Bonin (Stolp), Birchow u. j. w. Der erste Redner ist: Abg. v. Sybel: Nicht ein Mitglied des Hauses, nicht ein guter Patriot im Lande werde die eben gehörte Erklärung mit einem andern Gefühl, als dem der tiefsten Betrübniss gehör habe (Bravo). Obwohl er mit einem grossen Theil der Commissions-Anträge nicht einverstanden sei, müsse er dagegen, daß die Regierung die Verantwortlichkeit der Landesvertretung aufzürden wolle, doch feierlichst Verwahrung einlegen (Bravo). Es sei nicht richtig, daß die Staatsregierung sich im formellen Recht befindet; dasselbe sei auf das Gröblichste verlegt worden durch die definitiven Ernennungen in Folge der Neorganisation. Die Neorganisation habe von dem Tage ihrer Geburt an der Armee den Stempel der Ungesetzlichkeit aufgedrückt und trage ihn, bis die Regierung dies anerkenne, Indemnität nachsuche und durch ein definitives Gesetz die Frage geregelt sei (Bravo).

Die Staatsregierung gebe heute das Versprechen einer Gesetzesvorlage in wenigen Monaten und fordere das Haus auf, jetzt schon zu versöhnen, als ob das Gesetz bereits gegeben sei. Auch im Jahre 1860 hatte die Landesvertretung Vertrauen, auch damals wurde ein Versprechen gegeben und gleich darauf, gleichsam in das Angesicht der Landesvertretung hinein, die Fahnen geweht, welches die definitive Regulirung des neuen Zustandes darstellen sollte. So lange derselbe persönlich ehrenhafte aber politisch unzuverlässige Mann an der Spize dieses Departements stehe, könne von Vertrauen nicht die Rede sein. — Durch das Land gehe seit Jahren der Ruf nach Abkürzung der Präsenzzeit, nach 2jähriger Dienstzeit. Davon sei in der Erklärung der Regierung nicht die Rede, nur die Mittheilung sei darin enthalten, daß factisch nur zwei Jahrgänge sich unter den Fahnen befänden. Der Prinzipienfrage gegenüber verhalte sich die Regierung noch jetzt negativ. — Wisse die Regierung nicht, durch welche Factoren die Armee des großen Friedrich, die Armee von 1813 ihre Siege errang? Nicht durch Kopfzahl und die Ausbildung, sondern wesentlich durch das Gefühl des ganzen Volkes, daß es eins sei mit der Armee. Auch wenn die 2jährige Dienstzeit zur Ausbildung nicht ausreichte, würde die Sympathie des Volkes, selbst in militärischer Beziehung, die etwaigen Mängel ersegen (Bravo). Auch wenn die Regierung noch so überzeugt wäre von den Vorzügen der neuen Organisation, müsse sie sich sagen, daß den legalen Beschlüssen des Volks und seiner Vertreter gegenüber Unmögliches nicht zu leisten sei.

Sie werde nachgeben, weil sie es müsse. Es frage sich nur, ob sie freiwillig oder von Concession zu Concession gehen wolle, oder ob sie durch Widerstand alle Sympathien und moralischen Eroberungen aufgeben wolle. — Nach der heutigen Ministerialerklärung würde auch er auf die äußerste Linie

des gesetzlichen Widerstandes gehen, mit der Commission stimmen, wenn sich derselbe zu seinem eigenen Amendement nur wie das Strengere zum Wilderen verhielte. Das sei aber nicht der Fall, denn er gehe über die Forderung der 2jährigen Dienstzeit hinaus. Die Finanzen des Landes seien zwar nicht in dem Zustande gewisser Nachbarstaaten, aber wenn in dieser Weise in Militairbudgets fortgewirthschaftet werde, so sei die Last nicht mehr zu tragen. Es handle sich deshalb um Ermäßigungen. Es sei aber nicht richtig, wenn die Commission beantrage, mit einem Federstriche die ganzen Neorganisationskosten abzusegen und damit ohne Weiteres auf den Zustand von 1860 zurückzugehen, die Armeeverfassung wieder in den Stand von 1859 zu setzen. Ein solches Resultat würde er tief beklagen, einen Zustand, der bei einer Mobilmachung sofort auch die älteren Klassen mit heranziehe. Deshalb hätten er und seine Freunde ihren Vermittlungsantrag gestellt. Die Budget-Commission habe in zu großer parlamentarischer Bescheidenheit gehandelt, wenn sie aus angeblich mangelndem Sachverständnis sich auf den rein negativen Standpunkt gestellt habe; in anderen Fragen, z. B. bei Aufstellung der Grundzüge eines Unterrichtsgesetzes, habe sie diese Rücksicht weniger gelten lassen. Wenn der Kriegsminister etwa behauptete, das Haus verstände von der Sache nichts, so sei das von seinem Standpunkt verzeihlich, der Abgeordnete habe die Pflicht, auf die Sache einzugehen. Wenn ihm der Schuh drücke, etwa ein Nagel ihn verlege, so ziehe er ihn heraus, ohne auf die Initiative des sachverständigen Schufkäntlers zu warten, wenn auch der Schuh ein organisches Ganze sei. — Auch ohne besonderes Gesetz habe die Regierung das Recht, die Friedensstärke von 1002 auf 800 Mann herabzufügen und bei einer Mobilmachung sei sie zur Einberufung der Landwehr nicht gezwungen, wie die letzte Mobilmachung gegen Hessen zeige. Die Landwehr ersten Aufgebots bilde eine imposante Macht. Diese zerstöre die Neorganisation, indem sie dem ersten Aufgebot die Aufgabe des zweiten stelle, ohne indessen eine Illegalität zu enthalten. Dieselbe verleihe namentlich das Gesetz vom 3. September 1814 nicht. Den Vorwurf einer Gesetzesverlegung könne man der Regierung also nicht machen. Darauf befindet sich der Commissionsbericht im entschiedenen Irrthum. So viel er die Stimmung des Landes kenne, fordere es einstimmig eine Reformation des gegenwärtigen Zustandes. Im Jahre 1848 sei aus einer Commune seiner Heimatprovinz eine Landwehrcompagnie von 250 Mann ausgezogen und die Commune habe 242 Familien zu unterstützen gehabt. Deshalb sei es allerdings ein Gebot der Notwendigkeit, die Familienväter, das jetzige erste Aufgebot, in die Reserve zu verweisen. In Betreff der politischen Seite der Frage sei die Ausdehnung der Armee als eine Gefahr für das Land betrachtet worden: Missstände seien allerdings vorhanden und zu beseitigen; aber die Anträge der Commission wirkten darauf nicht, oder doch in unrichtiger Weise. So beantrage sie Streichung der Neorganisationskosten in Pausch und Bogen, gleichviel, ob die neuen Einrichtungen gut oder schlecht seien. Sie erhalte die Missstände, wenn dieselben nur alt seien. Die Befürwerde der Commission über den exclusiven Geist des Offiziercorps gehöre nicht hierher. Der Bürger möge nur Gleiche mit Gleichen vergelten. Ein Umstand sei aber nicht berücksichtigt: es sei seit den letzten Jahren eine politische Farbe in der Armee: das tauge nichts. Die Armee sei für den Krieg da; sie dürfe, wie jedes Staatsinstitut, keine politische Parteistellung haben. Sie befindet sich jetzt in Widerspruch mit der politischen Meinung der Majorität des Volks, „Deutschland“ sei ein nicht gern gehörtes Wort in derselben. Dieses Verhältniß habe den Verhandlungen in der Commission eine eigene Farbe gegeben, und davon zeuge auch der Commissions-Bericht, der stellenweise den Eindruck mache, als müsse man vor Allem in jeder Weise die Möglichkeit eines Krieges verhindern, als befände man sich einer ganz besonders eroberungssüchtigen, kriegslustigen Regierung gegenüber. Das sei denn doch aber der Fehler unserer Regierung grade nicht; sie habe vielmehr seit 1815 den Degen eurosten lassen, und grade diese Rostflecke geben dem Degen ein übles Ansehen in den Augen des Volks. — Die Landwehr von 1815 sei wenige Jahre nach einer grossen Katastrophe gebildet worden aus Elementen, namentlich Offizieren einer grossen kriegsgeübten Armee; deshalb sei insbesondere auf Bildung eines möglichst großen, geübten Offizierscorps zu sehen. — Die politischen Verhältnisse seien nicht anders beschaffen, als im Jahre 1860, wo man die Kriegsbereitschaft, d. h. die Vermehrung der Armee für erforderlich erachtet habe. Auch damals sei der Kaiser von Frankreich überströmt von Freundschaftsversicherungen, auch jetzt sei die Lage Italiens noch keine andere als damals, u. s. w. Die politischen Zustände der Gegenwart seien nicht so geartet, daß man eine Entwaffnung anrathen könne. Er erinnere an die dänisch-preußischen und die österreichisch-preußischen Noten. Zwischen zwei andern Großmächten würde ein solcher Notenwechsel die schwersten Folgen gehabt haben, die hier nur verhindert seien, weil Österreich keinen Krieg führen könne, Preußen keinen Krieg führen wolle. Für die Machtstellung Preußens in Deutschland, für seine Führung sei seine Bewaffnung notwendig (Herr v. Vincke: Sehr wahr!). Nur wenn wir der Welt den Eindruck machen, daß wir kriegsgerüstet und kriegsfähig sind, sei die Wiedergeburt unseres gemeinsamen großen Vaterlandes möglich: si vis pacem, para bellum. — Nach alle dem könne er sich nicht entschliezen, auf den Zustand von 1859 zurückzugehen. — Der Weg, den die Commission antrate, führe zu einer Erkrankung des parlamentarischen Lebens; die Volksvertretung dürfe sich nicht des direkten Einflusses auch in militärischen Dingen entzögeln, nicht

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Insätze nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübsner, in Altona: Hakenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schneberg.

Zeitung.

das Interessentreten der Wünsche des Volks von dem Erlass eines Gesetzes abhängig machen. Wann würden die drei Faktoren der Gesetzgebung wohl über eine solche Vorlage einig sein? — Er bitte um Annahme seines Verbesserungs-Antrages (Bravo! von der Fraktion v. Vincke).

Abg. Dr. Waldeck geht zunächst ebenfalls auf eine Widerlegung der von dem Finanzminister in der ministeriellen Erklärung aufgestellten Gesichtspunkte ein. Der Minister wolle die Sache auf eine Finanzfrage herabdrücken. Er stelle eine Gesetzesvorlage in Aussicht, aber habe nichts davon gesagt, daß er den Etat für 1863 einstweilen zurückziehen wolle; er verlange also, das Haus solle diesen ohne vorgängiges Gesetz bewilligen und doch habe er heute selbst die Notwendigkeit des Gesetzes zugegeben. Man könne nichts bewilligen, so lange das in Aussicht gegebene Gesetz noch nicht vorhanden. Wenn man im Etat die Positionen streiche, die nicht auf gesetzmäßiger und verfassungsmäßiger Grundlage ruhen, so erfülle man nur eine nicht abzuweisende Pflicht. Es gehe nicht, ewig zwischen Ja und Nein hindurchschlüpfen zu wollen, das habe man drei Jahre gethan, aber diese Position sei nicht mehr haltbar. Uebrigens seien die Mehrforderungen für den Militair-Etat stets nur provisorisch bewilligt worden, die Regierung möge die Neorganisation für definitiv gehalten haben, aber wie könne man zu sagen wagen, daß das Abgeordnetenhaus zu der neuen Einrichtung jemals sein Einverständnis gegeben habe? Wolle man jetzt aus diesen ungefährlichen Zuständen heraus, so würde das Haus übel thun mit Beschlägen dazu, vielmehr sei es Sache der Regierung, die Initiative zu ergreifen; so lange dies nicht geschiehen, bleibe für das Abgeordnetenhaus die einzige Möglichkeit, sich auf den rein objektiven und gesetzlichen Standpunkt zu stellen und die Positionen, welche die Probe der Gesellschaft nicht erträgen zu streichen. (Bravo!) Wölle die Regierung wirkliche Verbesserungen einführen, so würde man ihr gern die Hand bieten, das erkläre er in seinem Namen und könne es auch Namens seiner Partei. (Bravo!) Wenn nun der Finanzminister anzudeuten schiene, daß der Conflict durch die Schuld des Abgeordnetenhauses entstanden sei, so sei dies vollständig unbegründet. Die principielle Schuld der Regierung besteht darin, daß sie gegen den ausgesprochenen Willen des Landes und gegen den wenigstens indirekt ausgesprochenen Willen des Abgeordnetenhauses die neue Organisation als definitiv hingestellt habe. Denn wenn man neue Regimenter gründe, wenn man das Heer von 132,000 auf 210,000 Mann erhöhe, wenn man das Offiziercorps verdopple, dann macht man nicht vorübergehende Kriegsbereitschaft. Dann bleibt uns nichts zu thun übrig, als zu streichen (Bravo!) Jede andere Stellung würde uns entwürdigen (Unruhe zur Rechten). Das wolle er beweisen. Im absoluten Staate hätte man es nicht gewagt, in solcher Weise mit der Armee-Organisation vorzugehen, wenn man aber eine gefügige Volksvertretung habe, dann dürfe man es wagen. Auf der Volksvertretung liege die ganze Verantwortung. Man wolle gewiß ein tüchtiges Heer, ein Heer, das nicht blos die jetzige Stellung Preußens behaupten könne, sondern auch jene zukünftige, die Preußen in Deutschland und Europa vorbehalten sei, aber man wolle kein Soldatenheer. Auf die gesetzliche und technische Seite spezieller einzugehen, dessen fühle er sich nach den Ausführungen des Vorredners überhoben. Er müsse vornehmlich die Einleitung dieser Rede, obwohl sie mit dem Schlus nicht im logischen Zusammenhang stehe (Zustimmung links) als vollkommen richtig bezeichnen. Er wolle also sofort in die finanziellen Bedenken eintreten. Man verlange Seitens der Regierung eine Mehrausgabe von 10 Millionen, man stelle gegen einen Etat von früher 31 Mill. für die Zukunft etwa 50 Mill. in Aussicht. Nun sage man zwar, die Einnahmen, die Steuererträge steigerten sich, und glaube damit genug gesagt zu haben. Aber das sei ein kuriöser finanzieller Standpunkt. Die Steuererträge wüssten, weil man zu viel brauche und weil die Steuern zu hoch hinauf geschaubt würden. Der Grundsatz sei falsch, daß das Geld, weil es einmal da sei, auch ausgegeben werden müsse. Und solle man im Übrigen, wenn in allen anderen Verwaltungszweigen soviel unbefriedigte Bedürfnisse vorhanden wären, dieselben hintenanziehen gegen eine Einrichtung, mit der Niemand im Lande zufrieden sei? Auf solche Consequenzen könne man nicht eingehen. Die finanzielle Kraft reiche nicht hin, 50 Mill. für den Militair-Etat zu beschaffen. Die Erfahrungen, welche man angeführt, seien nur für den Augenblick berechnet, nur für den, der die Augen schließen wolle. Das könne man von dem Abgeordnetenhaus nicht verlangen, darauf könne es nicht eingehen. — Redner geht nun auf die politische Frage ein und erörtert die Nachtheile bei Ausdehnung der Reservepflicht und Verkürzung der Landwehr. Marschall Soult habe im Jahre 1831 mit Bewunderung von der preußischen Landwehr gesprochen und auf das lebhafteste bedauert, daß in Frankreich das System der Remplacements herrsche. Dies System sei unter der jetzigen französischen Regierung möglichst gepflegt, denn diese brauche ein Soldatenheer. Wir aber seien derselben nicht bedürftig, wir trieben keine Eroberungspolitik, hätten weder italienische, noch mexikanische Fragen; wenn wir selbst angegriffen würden, und sei es auch von Frankreich, dann würde unsere Armee und Landwehr so gut wie früher im Stande sein, das französische Soldatenheer zu schlagen. Dazu hätten wir es nicht nötig, uns vorher ständig zu ruiniren. Wir hingen an der Landwehr nicht blos wegen der glorreichen Erinnerungen, die auf ihren Fahnen ruhen, sondern weil die Männer, die sie gründeten, wohl wußten, was sie wollten, als sie gegen die stehenden Heere das Volk in Waffen, das Volksheer, aufstellten. — Wenn man nun das stehende Heer so ansehnlich verstärkt

habe, so sei es für die Kräfte des Landes schlechterdings unmöglich, noch eine Landwehr zu halten. Was die Landwehr beträfe, so sei man weit entfernt ihre Verbesserung nicht empfehlenswerth zu finden, aber dieselbe würde zurückzuführen sein auf die frühere Organisation, als die Landwehr noch ihre eigenen Brigaden hatte. Man habe der Landwehr in Folge der Mobilmachungen ungegründete Vorwürfe gemacht. Das Gesetz von 1814 kennt keine Mobilmachungen; es sei nicht nötig, zu bloßen politischen Demonstrationen die älteren Jahrgänge einzuziehen. Die Landwehr an sich treffe keinen Tadel, aber sie sei anzusehen gleich einem Außenwerk unserer Constitution, wie ja auch in früheren Zeiten die Engländer von uns gesagt hätten, daß die Landwehr die uns noch fehlende Constitution erseze. Im Gegensaß zu diesem Außenwerk stehe jetzt ein anderes. Man könnte im stehenden Heere nicht Offiziere und Unteroffiziere verdoppeln, ohne die verfassungsfeindlichen Elemente zu stärken. Es solle damit keiner der ehrenwerthen Mitbürger im Heere angeklagt werden, aber die Institutionen seien mächtiger als die Menschen und es sei nicht zu bestreiten, daß die militärischen Instructionen, die Militär-Gerichtsbarkeit, der Ausschluß von politischen Rechten das Militär von der Nation trennen. So könne man nicht die Hand bieten, die Landwehr zu zertrümmern und man müßte es doch, wenn man ein großes stehendes Heer halten wollte, da für beide neben einander die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Man wolle dem Guten und Besseren nicht entgegentreten, aber man habe mir die Wahl, das Land durch die neue Einrichtung zu ruinieren oder das alte, mit dem man bisher ausgekommen, zu erhalten. Also müsse man bei der einfachen Regierung beharren. — Schließlich erinnert der Redner an die Königin Elisabeth von England, welche in ihren letzten Lebensjahren mit dem Parlamente in Conflict gekommen, nachgegeben und dadurch größer als vorher dagestanden habe. Macaulay habe darüber in einfacher Wahrheit gesagt: „Umsonst tadelte eine höfische Minderheit den Sprecher, daß er dulde, wie die Handlungen Ihrer Hoheit der Königin in Frage gezogen werden. Die Königin mit bewundernswerther Einsicht und Fassung lehnte den Streit ab, stellte sich selbst an die Spitze der reformirenden Partei, half der Beschwerde ab, dankte den Gemeinen in ergreifender und würdiger Sprache für ihre große Sorgfalt für das allgemeine Wohl, brachte die Herzen des Volks zu ihr zurück und ließ ihren Nachfolgern ein herrliches Vorbild, wie es einem Regenten bei öffentlichen Verathungen, denen zu widerstehen er nicht die Mittel hat, zu verfahren geziemt.“ (Hört! Hört!) An diesem Vorbilde sollten die Regenten erkennen, daß es für sie, wenn sie der öffentlichen Meinung nicht widerstehen könnten, nicht unruhig sei, offen nachzugeben und so mit ihrem Volke in Einflang zu bleiben. Den Abgeordneten aber ziemte sich des Worts zu erinnern, das Cicero in schwerer Zeit zum Lobe eines römischen Staatsmannes gesagt: quia non, quod efficere possit in republica, cogitavit, sed quod facere deberet, zu Deutsch: Weil er nicht daran gedacht, was er ausrichten könne mit seinem Wollen im Staate, sondern was er thun müsse! Und in diesem Gedanken lassen Sie uns fest sein! (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. Gottberg gegen den Commissions-Antrag. Er stimme für die Neorganisation, aber er behauptet, die Schwierigkeit der Lösung dieser Frage veranke man dem damaligen Ministerium und dem damaligen Abgeordneten-hause, welches diese Lösung nicht hätte hinausziehen dürfen. Gegenwärtig sei die Frage zu einer Cabinetsfrage, zu einer Verfassungsfrage geworden. Gegenwärtig wolle das Haus die Frage benutzen, um das Ministerium zu stürzen, es zur Entscheidung bringen, ob das Ausgabenbilligungsgesetz stärker sei, als die Prærogative der Krone. Sollte es zu einem Conflict kommen, nun — Jahrhunderte lang hätten die Könige Preußens nach Pflicht und Gewissen regiert, er glaube auch, Se. Königliche Majestät werde die Regierung nach Pflicht und Gewissen und bewußt der Verantwortlichkeit nach oben zum Wohle des Landes führen (hört! hört!). Er habe dieselbe Sympathie für das stehende Heer, wie für die Landwehr. In der Gesetzesvorlage der Regierung sei ausdrücklich von der Landwehr ersten und zweiten Aufgebots die Rede gewesen, es solle also an der Landwehr nichts geändert werden. Es sei auf das politische Gewicht der Landwehr zur Entscheidung über Krieg und Frieden hingewiesen worden; das seye voraus, daß die Landwehr darüber berathe, ob der Krieg ein nationaler sei, ob es nothwendig sei, daß sie zusammen komme; er hoffe zu Gott, daß es dahin nicht kommen, und daß die Landwehr, wenn sie erst den blauen Rock anhabe, ihre Pflicht thun werde. Der nach der Neorganisation entstandene Zustand sei eine große Verbesserung; der bisherige Zustand enthielt mannigfache Belästigungen, die große Zahl der Reklamationen bei den Übungen und den Mobilmachungen lege gewiß Bezeugnis dafür ab. Er habe oft den Ruf gehört: wir wollten ja gern einige Jahre länger dienen, wenn man uns nur nachher verschonte. — Was die finanzielle Frage anlange, so trete er dem Finanzminister bei; es sei nachgewiesen, daß eine Überbürdung nicht vorliege. Er frage aber; wenn die 6 Millionen gestrichen würden, würde ein einziger Mann einen Groschen weniger zahlen? Man wisse sehr wohl, daß das nicht wahr sei. Das Steuerzahlende Volk freue sich nicht, wenn noch mehr Beamte angestellt werden, es wolle gar keine Beamten mehr (Heiterkeit). Oder wolle man etwa die Schulmeister noch besser stellen? Sie würden dann die Position der bessern Leute in der Gemeinde überragen, und das sei entschieden vom Uebel. Das steuerzahlende Volk sei dem Heere gar nicht so gram, es freue sich, wenn seine Kinder Soldaten würden (Heiterkeit). Die Annahme des Commissionsantrages würde keinen Zweck haben; dem Beschlusse werde die Regierung nicht nachkommen können. Die Folge werde sein, daß ein Jahr ohne Budget regiert werde, und man werde sehen, daß das kein großer Nebelstand sei (Heiterkeit). Werde die Forderung aber für 1863 abgelehnt, so werde die Krone gebemüht; es werde von ganz Europa dokumentirt, daß das Vertrauen zwischen Krone und Volk gestört sei. (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß er in seiner Deduction zu weit gehe, und daß er nicht parlamentarisch verfahre.) Selbst die Disciplin des Heeres sei gefährdet durch solche Beschlüsse. Der Beschluß der Commission sei für Preußens Stellung in Europa von den nachtheiligsten Folgen; er könne nicht begreifen, wie man gegenwärtig einen solchen Conflict zwischen Krone und Volk hervorrufen wolle. Er stimme für den Etat und werde event. für die Bewilligung im Extraordinarium stimmen.

Abg. v. Carlowitz für den Commissions-Antrag (sehr schwer und nur zum Theil verständlich): Der erste Redner habe behauptet, das Volk sei mit der Landwehr unzufrieden und klage namentlich über die Mobilmachung. Letzteres möge richtig sein, jede Mobilmachung sei aber eine Last und die neue Organisation mit ihrer Steuerlast werde nicht minder

drücken. Die Regierung möge sich bei kriegerischen Demonstrationen nur auf das Nothwendige beschränken. Wenn die lästige Mobilmachung aber kein Resultat habe, dürfe man sich über die Unzufriedenheit darüber nicht wundern. Mit Recht sage der Bericht, die Regierung werde mit der Landwehr sich zweimal prüfen, ob sie einen nicht vollständlichen Krieg beginne, weil sie eben wisse, wie tief eine Mobilmachung in alle Schichten der Bevölkerung eingehe (Bravo). Nicht aus zu großer parlamentarischer Bescheidenheit habe die Majorität der Commission ihre Beschlüsse gefaßt, sondern in dem Gefühl, daß der Regierung hier die Initiative gebühre, und ihre Anträge hätten den Vorzug der Einfachheit und Allgemeinverständlichkeit. Auch die Minorität der Commission sei der Regierung nicht entgegengekommen, auch ihre Vorschläge würden von der Regierung zurückgewiesen werden. Im Jahre 1860 habe der Minister v. Koön gesagt, zur Umformung der Landwehr bedürfe es nothwendig der Zustimmung der Landes-Berretung, heute rede man davon nicht mehr. Es scheine, wir machen Rückschritte im constitutionellen Leben (Hört! Hört!). Bwarz sei ein Gesetz in Aussicht gestellt; aber erst reorganisire man und dann verspreche man die Genehmigung nachzuholen, statt dies zuerst zu ihm und dann zu reorganisieren. — Die Reorganisation enthalte nicht sowohl eine Stärkung, als eine Schwächung Preußens. Der Moment sei ungünstig gewählt, um neue Lasten für das Heer auf die Schultern des Volkes zu wälzen; dadurch werde die vorhandene Missstimmung nur noch gesteigert werden. Preußen müsse aber ein Volk haben, daß sich mit seiner Regierung eins fühle (Bravo). Die Machtstellung Preußens nach Außen habe seit der Reorganisation nicht zugenommen (sehr wahr!); er erinnere an Würzburg etc. Das Ausland wisse, daß die Regierung schwach sei, welche nicht die Sympathien ihres eigenen Volkes habe und darauf rechte man. Man dürfe das stehende Heer nicht vermehren auf Kosten der Volkswehr. — Unsere Gegner werden uns nicht angreifen, sie seien ruhig zu, wie wir das Werk unserer eigenen „Selbstverstümmelung“ vollbringen (Bravo). Wolle man etwa jetzt die großen Fragen der Politik zum Ausstrag bringen? beabsichtige man eine große Staatsaction? Es sei einverstanden mit dem Abgeordneten v. Sybel über die Aufgabe Preußens in Deutschland, aber man dürfe diese Aufgabe nicht einer Regierung wie die gegenwärtige in die Hand geben. Benennen wir die gegenwärtige Stagnation in der deutschen Frage und der äußeren Politik dazu, unsere inneren Zustände zu regeln und zu stärken, damit wir vereint, wenn die Zeit kommt, ein sein wird, unsere deutsche Aufgabe mit Macht und Energie in die Hand nehmen können! — Wäre er der Minister von Koön, so würde er dem Abg. v. Sybel auf sein Amendement antworten: „Lieber Herr v. Sybel, Sie haben in Ihren Ausführungen ganz Recht, aber Sie werden mir doch zugeben müssen, daß man mit 40 Millionen ein größeres Heer haben kann, als mit 30 Millionen, und bei dreijähriger Dienstzeit ein geübteres Heer, als bei zweijähriger. Sie sind ja also eigentlich meiner Meinung.“ Und der Abgeordnete für Crefeld sei in der That mehr für die Regierung, als gegen die Majorität der Commission. Zu einem Vergleiche sei die Staatsregierung nicht geeignet, und wenn sie selbst entsprechende Gesetzesvorlagen mache und das Haus voll Vertrauensseligkeit die Forderungen bewillige, wer stehe denn dafür, daß das Herrenhaus die Gesetzesvorlagen nicht verwerfe? Und wie wolle man jetzt vor seine Wähler treten mit der Mittheilung, daß man die Steuerlast um mehrere Millionen erhöht habe, daß man zwar kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, keine Gemeindeordnung, kein Unterrichtsgesetz, kein Gesetz über die Polizeiverwaltung etc. etc. habe, aber dafür die Hoffnung, daß das hohe Herrenhaus dem Hause wohlwolle? (oder sich in hohem Wohlsein befindet?) Wenn es wirklich wahr, daß auch ohne die Bewilligung des Budgets durch das Haus die Regierung die Staatseinnahmen fortgesetzt erheben und verwenden dürfe, wie ein Vorredner gemeint, dann sei die Verfassung, um in dem Stile der österreichischen Diplomatie zu reden, nicht das Blatt Papier wert, auf dem sie geschrieben ist! (Lebhafte Beifall links!)

(Die Rede des Abgeordneten v. Carlowitz machte einen größeren Eindruck im Hause, als es nach dem vorstehenden Berichte scheinen kann; der Abgeordnete war auf der Tribüne nur sehr schwer zu verstehen.)

Abg. v. Binck-Olbendorff. Er achtet das formelle Recht, wo dasselbe aber in Conflict komme mit dem Wohle des Landes, müsse es hinter demselben zurückstehen. Das Haus sei kein Gerichtshof, der nach dem Grundsatz statu justitia, pereat mundus handeln dürfe. In einem constitutionellen Staat sei ein Gedeihen nicht ohne gegenseitiges Entgegenkommen möglich; das rücksichtslose Ausüben des eigenen Rechts führe zum Stillstand des Staates. Die Organisation sei hervorgerufen durch die eifrige Sorge für die Machtstellung Preußens. Der Redner vertheidigt die guten Seiten der Neorganisation, der Steuerdruck sei nicht so unerhört, wie man ihn vorstelle, der Verkehr sei im Aufblühen, die Familien im größeren Wohlstande als früher. Es sei ein wohlfeiles Mittel, Popularität zu erlangen, Erleichterung der Abgaben und Verkürzung der Dienstzeit zu versprechen, aber es sei nicht wohlgethan, die schlechten Leidenschaften des Volkes zu erregen (heftiger Widerspruch); man solle lieber die edleren und patriotischen Gefühle desselben anregen. Der Redner erklärt sich ferner gegen den Militärgerichtsstand in seiner bisherigen Ausdehnung und gegen die Ausschreitungen des Kastengeistes. Er hätte ein Entgegenkommen der Regierung, namentlich gegen die Anträge Stavenhagens gewünscht; diese Anträge entsprechen der Tüchtigkeit und Wehrkraft der Armee. Die bloße Negation der Commission und das Zurückgehen auf 1859 sei eine am grünen Tisch ausgedachte Theorie, welche das Land in die höchste Gefahr bringen würde. Die 2jährlige Dienstzeit habe 20 Jahre hindurch bestanden: die Folgen derselben gefährdeten den Plan der Neorganisation nicht. Vor der zu großen übermäßigen Sicherheit in Bezug auf die Landwehr, wie sie sich in der Rede Waldecks ausspreche, müsse er warnen. Unserer Armee habe es in den langen Friedensjahren an Übung gefehlt. Die Regierung möge, wie einst Wilhelm der Oranier den Wünschen des Landes entgegenkommen. Je offener und gerader sie dies thue, desto vortheilhafter werde die Stellung der Krone. (Bravo.)

Abg. Dr. Birchow: Es würde ein schwerer Vorwurf für die Majorität der Budget-Commission sein, wenn es richtig wäre, daß die Commission sich auf den Rechtsstandpunkt gestellt und von diesem aus das actuelle Verhältniß vernachlässigt hätte. Vor allen Dingen hat die Commission sich die Frage vorgelegt, ob das Land die Organisation auf die Dauer zu tragen im Stande sei und wie der Commissions-Bericht sagt, so hat die Commission sich einstimmig dahin erklärt, daß die gegenwärtige Grundlage nicht als eine solche anerkannt werden könne, welche die Dauer mit dem Interesse des

Landes vereinbare. Die Regierung hat sich auch nach dem Commissions-Bericht dahin erklärt, daß Preußen in der That nicht überlastet sei; ich glaube von allen Vorlagen, welche uns zugegangen sind, ist diejenige, welche uns in offiziöser Weise zugegangen ist, als die exacteste anzusehen, nämlich das Werk, welches der Chef des statistischen Bureau Engel ausgearbeitet hat. Sicherlich wird Niemand sagen können, daß der Standpunkt, welcher in dieser Schrift eingenommen ist, ein regierungseindlicher, oder nur ein ungünstiger sei und doch ist das Schlussresultat das, daß der etatsmäßige Armeeaufwand über die Hälfte aller Gelder in Anspruch nimmt. Herr Engel hat natürlich nicht anders gekonnt, als hervorzuheben, daß diese Zahlen sich nur auf die officiellen Bahnen des Staatshaushaltsetats begründeten. Wie die einzelnen Bürger, die einzelnen Communen belastet sind, das ist nicht mit veranschlagt, aber wir haben das erfahren und wenn der Vorredner ausgeführt hat, daß dies nichts ausmache und daß sich dies nur auf einzelne Provinzen erstrecke, so möchte ich bemerken, daß die erste Anregung von den östlichen und nicht von den westlichen Provinzen hervorgegangen ist, und daß die zunehmende Belastung des Communal-Budgets für den Bürger von der selben Bedeutung ist, wie des Staatshaushalts. Wenn wir hier die Frage erörtern wollen, ob die Ausgaben auf die Dauer mit dem Zwecke vereinbar sind, nicht blos darum, wie der einzelne Bürger belastet ist, sondern wie weit die übrigen Zwecke des Staates darunter leiden müssen, so mache ich darauf aufmerksam, daß die Landesvertretung seit einer Reihe von Jahren Wünsche ausgesprochen hat, worauf immer geantwortet ist: wir erkennen an, daß das Bedürfniß vorliegt, aber es ist kein Geld da. Ich erinnere nur an die Erklärung des früheren Cultusministers in Königsberg etc., viele wichtige Maßregeln, Regulirung von Strömen, Bauten von Canälen u. s. w., könnten nicht vorgenommen werden, weil die Ausgaben für das Militär zu hoch sind. Hier handelt es sich auch um dringende Verpflichtungen und um Ausgaben zum Theil für productive Anlagen. Es ist in der Commission von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß eine erhebliche Entlastung an dem Militärbudget eintreten könnte, wenn die Verwaltung sich den Prinzipien der andern Verwaltungen anschließen würde. Es handelt sich darum, welche Stellung die Landesvertretung verfassungsmäßig der Regierung gegenüber einzunehmen verpflichtet ist, ich sage „verpflichtet ist“, denn es handelt sich hier nicht um einen Standpunkt bloßer Laune und Oppositionslust. Handelt es sich hier um irgend eine Gefahr, so würden wir berechtigt sein, anders zu votiren; wenn das nicht der Fall ist, müssen wir votiren, wie die Gesetze und die Verfassung es von uns verlangen. Die Herren, welche bei der Budgetfrage einen Zwang auf die Regierung ausüben wollen, sind im Unrecht. Die dreijährige Dienstzeit besteht noch zu Recht und Bedermann muß ihr unterworfen werden; die Landesvertretung hat nicht das Recht, durch das Budget bestehende Gesetzesbestimmungen unmöglich zu machen. — Der Redner geht demnächst auf die früher stattgehabten Verhandlungen ein und weist darauf hin, daß der Finanzminister ausdrücklich den Zustand als einen provisorischen bezeichnet habe, weil die definitive Regelung das Resultat erneuter Verhandlungen des Landtages sein müsse. Dann fährt er fort: Wir sind nicht in der Lage, eine Bewilligung auch nur im Extraordinarium eintreten zu lassen, bevor die gesetzliche Regelung stattgefunden hat. Wie Gesetze zu Stande kommen, ist in der Verfassung vorgeschrieben, und davon darf man in keiner Weise abweichen. Nun erklärt die Königl. Staatsregierung, es sei nicht nötig, daß sie ein Gesetz vorlege, es sei nur ihr guter Wille, wenn sie den geäußerten Wünschen nachkomme. Ich weiß nicht, ob der Standpunkt von irgendemand in diesem Hause getheilt wird; ich glaube es nicht. Unzweifelhaft hat die Landwehr durch die bestehende Einrichtung eine gewisse gesetzliche Form. Der Commissions-Commissar, in welcher Weise durch die Neorganisation in die Landwehrverhältnisse eingegriffen würde. Der Redner beleuchtet diese Verhältnisse und resümiert dieselbe dahin, daß, da es der Landwehr an den bisherigen Übungen, den nötigen Offizieren, wie an verfügbaren Geldmitteln fehle, doch der Beweis geliefert sei, daß die Landwehr nicht mehr bestehe. Es liegt also eine flagrante Verletzung des Gesetzes von 1814 vor, und dem gegenüber bleibt uns nichts anders übrig, als uns auf die Negative zurückzuziehen. Wenn im Uebrigen gesagt wird, daß die Landwehr für die gegenwärtige Kriegsführung nicht mehr zu verwenden ist, so wird der Beweis dafür nicht leicht zu führen sein. Die Frage über die Armeeorganisation ist aber nicht mehr eine einfache Finanzfrage, sie soll schon zur Machtfrage reif werden. Der Redner erinnert nun an die Erklärung, die der frühere Finanzminister v. Patow am 28. Mai 1861 abgegeben hat und welche dahin ging, daß wenn ein Conflict entstände, wenn Regierung und Volksvertretung sich durchaus nicht einigen könnten, die Lösung doch nicht durch gewaltsames Eingreifen, doch nicht außerhalb, sondern innerhalb der Verfassung zu suchen sei. Welche Mittel bietet nun die Verfassung zur Lösing des Conflicts? Da weist man uns auf eine Lücke in der Verfassung hin. So weit geht der Cynismus der offiziösen Presse. Man wagt es, davon zu sprechen, und darauf hinzzuweisen, daß die Regierung in diese angebliche Lücke sich zurückzuziehen könne. Ich weiß nicht, auf Grund welches Verfassungsartikels diese Frage gestern zum höchsten Befremden aller Bührer im Herrenhause ventiliert worden und worauf der Redner die Annahme stützte, daß die Regierung, wenn sie das vom Abgeordnetenhause votierte Budget nicht annehmen wolle, mit dem alten Budget fortregieren könne. Aber von den anwesenden Herrn Ministern hat Niemand das Wort ergriffen, um diese Ansicht abzulehnen. (v. Binck: gehört gar nicht hierher!) Ich halte diese Ansicht auch dem Abg. für Stargardt gegenüber aufrecht, der sein Amt als Censor des Hauses auch an mir über zu müssen glaubt.

Meiner Ansicht nach besteht die verfassungsmäßige Lösing des Conflicts in zwei Möglichkeiten. Etwas Auflösung des Hauses, andernfalls Abtreten des Ministeriums. Das ist die verfassungsmäßige Lösing. Will das Ministerium weiter aufzulösen, noch abtreten, so kann es nur das Budget ändern und die Gesetzesvorlage machen. Oder es kann um Immunität bitten und gegen bestimmte Zusicherungen bestimmte Summen verlangen. Man hat nun auch viel von den Prærogativen der Krone gesprochen. Ich kann nicht glauben, daß es sich um diese handle. Diese sind in den Art. 46 und 48 der Verfassung niedergelegt und in militärischer Beziehung in Artikel 35 ausgesetzt. Darin steht nicht, daß der König ohne die Zustimmung des Hauses Stellen creire und neue Amtsräume einrichten darf, daß er in der Lage ist, die Armee auf neuen gesetzlichen Grundlagen zu formiren. Nachdem man so nicht die Prærogative der Krone, sondern nur die Besugnisse

des jeweiligen Ministeriums erweitern will, kann sich das Abgeordnetenhaus nur auf den verfassungsmäßigen Standpunkt beschränken. Die Vorwürfe, als ob man es an Pietät gegen den König fehlen lässe, müsse er zurückweisen; die Könige würden nicht dadurch stark, daß sie mit ihren Völkern in Unfrieden leben (Bravo!). Der Abgeordnete für Stolp hat auf einen schlimmen Gegensatz hingewiesen, auf einen unnatürlichen Standpunkt, wenn der König nicht mit dem Volke gehen, wenn die Kraft der Krone sich nach innen kehren sollte. Willkür persönlicher Entscheidungen schadet dem Königthum; durch das bloße Streben danach schon wird das Königthum geschwächt. Die Stärke im Innern besteht nur in der Stärke des Gesetzes. Ueber diese Stellung von Regierung und Volk hat der Kriegsminister in einem früheren Werke sich sehr überzeugend ausgesprochen. Er sagt in seinem Werk über die iberische Halbinsel vom Jahre 1839: "Wo Hingabe, wo Aufopferung für die Idee nicht fehlt, wo eine große Persönlichkeit alle disponiblen Kräfte in Thätigkeit zu setzen versteht, da vermehren sich auch die Streitmittel auf unglaubliche Weise, wie der Krieg in der Vendee, der Kampf der Tyroler im J. 1809, wie Preußens Aufstand im J. 1813, wie Friedrich II. siegreicher Kampf gegen das vereinte Europa und andere Beispiele hinlänglich beweisen. Wo aber, wie gegenwärtig auf der Halbinsel, ein rostiges halbzerstörtes Räderwerk die Staatsmaschine mühsam im Gange erhält (hört! hört!), wo alle modernen sinnlosen Schnörkel, mit denen das alte knarrende Gebäude aufgeputzt worden, nur als ungeschicktes Flickwerk erscheinen, wo der Wahnsinn einer Staatsweisheit die leidenden Volksideen als unbrauchbare Triebfedern unter die Füße tritt, wo jede große schöpferische Persönlichkeit fehlt, da versagen die Glieder dem kranken Organismus den Dienst, da tritt in dem frankhaften Ringen um die Frist der Existenz terroristische Willkür an die Stelle geregelter Gewalten, da darf man Gewöhnliches nicht mehr erwarten, da trügen alle Berechnungen des Statistikers." (Hört! hört!) Die Regierung kann von der Alternative, in die sie sich versetzt, nicht loskommen. Wenn sie sich gegen das Abgeordnetenhaus erklärt, so wird sie, wie man die Sache auch stelle, einer Verlegung des Art. 99 der Verfassung nicht ausweichen können. Für das Abgeordnetenhaus ist aber, wenn die Regierung solchen Staatsstreich begehen wollte, kein Grund, deshalb auf sein Recht zu verzichten und man muß mit dem Abgeordneten für Königsberg aufrufen: "Soll die Verfassung eine Bedeutung haben, so muß dem Abgeordnetenhouse das Geldbewilligungrecht gewahrt werden und wir müssen dafür sorgen, daß unsern Nachkommen dieses Recht gewahrt und vorbehaltten bleibe." (Lebhafte Beifall!)

Kriegsminister v. Roon: Es wird wohl erwartet, daß ich in dieser Sache das Wort nehme, und ich glaube dies thun zu müssen, so wenig ich auch den rhetorischen Kräften gewachsen bin, und so wenig ich auch erwarten kann, durch meine Worte das wohl schon vorher festgestellte Brotum des Hauses umzustößen. Es sind in der That die aller verschiedensten Behauptungen gemacht und Thatsachen aufgestellt worden, und es ist sehr schwer, sie alle in logischer Reihenfolge zu erledigen. Was ich zu sagen habe, habe ich zu sagen im Vollgefühl meiner Pflicht und meines Amtes, im Gefühl meiner Pflicht gegen Se. Majestät den König, gegen die Verfassung und die Armee, die meiner Fürsorge anvertraut ist. Ich verzichte auf jeden drastischen Eindruck, den ich durch Widerlegung aller jener Ausführungen machen könnte, und möchte nur gewisse Dinge von der Discussion ausgeschlossen sehen, weil darüber Niemand mehr zweifelhaft ist. Dazu gehört die Frage nach der Zweckmäßigkeit der Neorganisation. Niemand bezweifelt diese Zweckmäßigkeit (Oh! Oh! zur Linken), Niemand von den Beteiligten (Aha! links). Wenn die Herren, welche meinen Ausspruch eben verhöhnt haben, in der Landwehr dienten, würden sie die Richtigkeit desselben nicht bezweifeln. (Oho!) Als absolviert möchte ich gleichfalls eine andere Frage betrachten, das ist die finanzielle Frage. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es weder wünschenswerth ist, lange zu dienen, noch viel Geld dafür auszugeben. Es handelt sich nur darum: ist die lange Dienstzeit Gesetz oder nicht? Kann das Land die Kosten tragen oder nicht? Beide Fragen müssen bejaht werden. (Widerspruch links.) Ich stehe in dieser Auffassung nicht allein. Die statistische Wissenschaft hat wenigstens das Gute, daß man aus ihren Resultaten ersehen kann, was geleistet ist und was in Zukunft geleistet werden kann. Die Herren kennen ja alle die Ihnen mitgetheilten Brochuren des Geh. Rath Engel; ich brauche deren Inhalt daher nicht in extenso zu wiederholen. Das Land, welches in den Jahren 1816, 1817 und den folgenden Jahren die Kosten für die Armee aufbrachte, war ein armes, von den Anstrengungen des vorangegangenen Krieges erschöpftes, vom Feinde ausgefogenes Land, und dieses selbe Land stellte seine Kinder unter dreijährige Dienstzeit und zahlte für die Erhaltung der Armee einen höhern Procentsatz als von Ihnen jetzt verlangt wird. Man spricht soviel von Ueberbelädtung des Landes durch Steuern, auch in andern Debatten ist vielfach davon die Rede gewesen. Eine solche Behauptung ist für mich vollkommen mysteriös; ich weiß nicht, was damit gesagt sein soll. Die Ermittlungen namhafter Statistiker lassen es nicht zweifelhaft, daß alle derartigen Einwendungen eigentlich vollkommen in der Luft schweben. Man spricht soviel von der Verarmung des Landes. Ja, m. H., die ist evident: man braucht nur auf die Straße zu gehen, sich die Häuser anzusehen, eine Reise zu machen, um zu sehen, daß den Leuten das Notwendigste fehlt, daß Niemand Geld zum Vergnügen übrig hat. In Berlin sind im vor. Jahre 14 Millionen verbraucht worden. Die K. Bank hat im Jahre 1837 einen Geschäftsumfang von 171 Millionen gemacht, jetzt macht sie einen solchen von 15—1600 Millionen. Das seien wohl alles Beweise für die Verarmung des Landes? Bis das Gegenheil erwiesen, muß ich annehmen, daß dabei ein Mysterium verborgen ist. Dabei sind vielleicht nicht bloß die nicht berücksichtigten Communallasten im Spiel; es ist dabei vielleicht noch etwas Anderes verborgen, was mir noch nicht klar ist, oder worüber ich vielmehr mich noch nicht erklären will. — Diejenigen Herren, welche mich vorher unterbrochen haben, als ich von der Zweckmäßigkeit der Neorganisation sprach, möchte ich doch fragen: Wie würden Sie denn glauben, daß das Land dente, wenn Sie die Regierung nötigten, sofort auf den Zustand von 1859, auf die Steuerzuschläge u. s. w. wieder zurückzugehen? Ich glaube, man würde Ihnen keinen guten Empfang im Lande bereiten (Oh! Oh!). — Man hat von politischen Bedenken gesprochen. Ich will gleich den Hauptgesichtspunkt vorweg nehmen; denn ich lasse mich sehr ungern auf politische Discussionen ein, aus demselben Grunde, den der Abg. v. Sybel mit der "Pest der Armee" bezeichnet. Es wird besonders betont, die Regierung habe ihre verfassungsmäßigen Befugnisse überschritten, die neuen Militäreinrichtungen faßt sie nicht. Daß einer solchen

deren Kühnheit nicht leicht übertragen werden kann (Bewegung.) Als im Jahre 1859 der Reorganisationsplan vorgelegt wurde, handelte es sich um eine Geldforderung und ein Gesetz über die anderweite Regelung der Dienstpflicht. Das Gesetz kam nicht zu Stande, die Geldforderung wurde bewilligt, allerdings nur provisorisch. Soviel wurde an der Regierungsvorlage also doch für annehmbar gehalten, daß man sich veranlaßt sah, die Geldforderung zu bewilligen, alsfa die Reorganisation für nöthig hielt. Wenn es sich nun gegenwärtig nur um die Geldforderung handelt und man der selben jetzt auch in einem gewissen Grade entgegengekommen ist, so beweist das doch, daß die Nothwendigkeit auch jetzt noch anerkannt wird. Wenn die Regierung jetzt eine gesetzliche Rendierung nicht für erforderlich hält, so wird sie sich natürlich die Nothwendigkeit auferlegen müssen, sich innerhalb der Grenzen der bestehenden Gesetze zu halten. — Es handelt sich also um nichts, als um die Forderung der Regierung um eine erhöhte Geldbewilligung. Die können Sie ablehnen; die Regierung wird niemals sagen, daß Sie dabei theoretisch im Unrecht seien. Sie könnten sogar der Meinung sein, daß auch das Ordinarium für 1860 noch zu hoch sei, und sich nach Maßgabe einer bekannten Flugschrift auf Beisoldung von 15,000 Instructoren beschränken. Es fragt sich nur, ob Sie das für vereinbar halten mit Ihren Pflichten gegen das Land. Das glaube ich aber verneinen zu können. Wenn es sich um

ich aber verneinen zu können. Wenn es sich um das Budget für 1863 handelt, finde ich es ganz in der Ordnung, daß Sie zunächst die Vorlage eines Gesetzes verlangen (Erstaunen!). Aber für 1862 handelt es sich um etwas ganz Anderes. Das Budget für 1862 ist im guten Glauben aufgestellt, bis auf einen kleinen Rest im guten Glauben verausgabt worden. Wenn Sie der Regierung die Mittel zu Deckung derselben entziehen, so entsteht für Sie die Frage: Leisten wir damit dem Lande einen Dienst? erfüllen wir damit unsere Pflicht? (Ja! Ja!). So stimmen Sie in Gottes Namen, wie Sie wollen! aber die Überzeugung nehmen Sie dann mit nach Hause, es werde Ihnen später vielleicht leid thun, daß Sie so starr am Rechtspunkt festgehalten, Ihren Besluß in der Übereilung gefaßt haben (Oh! Oh!). Mein Ausdruck ist wohl nicht parlamentarisch gewesen, ich habe ihm deshalb zu modifizieren, um so mehr, da es sich hier in der That nicht um eine Übereilung, sondern, wie ich wenigstens glaube, um sehr reiflich bedachte Pläne handelt. Wenn der Abgeordnete Birchow auf meine Jugendsschriften (Heiterkeit) zurückgekommen ist und die Frage daran geknüpft hat ob ich mich zu den Ansichten von 1839 noch bekenne, so kann ich dies einfach bejahen, aber man muß nicht einzelne Stellen der Schrift herausgreifen aus dem Buch. Die Verherrlichung unseres Landwehrsystems war eine preußische Patriotempflicht außerdem bin ich überzeugt, daß dieses System vortrefflich

... für den Zweck ist, ich bin aber auch der Meinung, daß das System durch die Organisation auch nicht im Mindesten alterirt ist. Wenn derselbe Abgeordnete behauptet hat, über die Landwehr sei zur Tagesordnung gegangen, so muß ich sagen, daß er den Beweis dafür schuldig geblieben ist. Der Abgeordnete hat auch verlangt, daß die dreijährige Dienstzeit für Jedermann zur Geltung kommen müsse; es dürfe nicht in das Belieben der Regierung gestellt werden, ob sie den Einen so lange, den Andern so lange dienen lassen wolle. Wenn da einen Augenblick zugegeben wird, so möchte ich daran die Frage knüpfen: Wie steht es denn, wennemand einen längeren Urlaub braucht? Dann kann er ihn nicht bekommen oder soll er erst bei dem Hause nachgesucht werden? (Oh! oh!) Das sind die Consequenzen, meine Herren! Der Abg. für Görsl schwärmt für die Landwehr, daß alle Landwehrmänner dafür schwärmen, bezweiste ich. — Die Missachtung Preußens im Auslande, die ich sehr bedauere, soll nach seiner Meinung durch die Regierung hervorgernsen sein (Ruf links: ja! ja!) — ich will nicht versichern, daß ich diese Ansicht nicht theile, ich will nur hinzufügen, daß die Landesvertretung zum Theil sich in solchen entschiedenen Gegensatz zur Regierung gestellt hat, ungeachtet die Regierung die Rechte des Landes, die Pflichten der Regierung und gleichwohl die Interessen des Landes und des Hauses wahrgenommen hat. Man hat ferner von Verfassungsverletzung gefragt.

men hat. Man hat ferner von Verfassungsverlehung gesprochen, dadurch, daß der König neue Offiziere angestellt habe. Meine Herren, glauben Sie, daß man die Bataillone mit Diätarien commandiren kann? Die Indemnität würde die Regierung gewiß nachsuchen, wenn sie sich dazu verpflichtet erachtete; sie kann aber diese Verpflichtung nicht anerkennen; sie hat das Budget vorgelegt, das Haus findet, daß die Ausgaben ohne vorherige gesetzliche Regelung gemacht sind, die Regierung ist aber in das Etatsjahr eingetreten mit der zuverlässigen Hoffnung, daß die gesetzliche Regelung in diesem Jahre erfolgen würde (Verwunderung). Der Kriegsminister wendet sich noch gegen einige Neuheuerungen des Abgeordneten für Bielefeld in Betreff der Landwehr und bemerkt, wenn derselbe weiter keine Offiziere mehr wolle, um die Verfassungsfeinde nicht zu vermehren, so fehlen mir die parlamentarischen Ausdrücke, um die Vertheidigung der so Angegriffenen zu übernehmen. Meine Herren, bedenken Sie wohl, daß die Offiziere dem Könige gehorchen und daß der König die Verfassung beschworen hat. Aber vielleicht hat der Abgeordnete für Bielefeld nur jener Vorfälle gedacht, welche die Sage von der Kluft zwischen Heer und Volk herbeiführten. Schließlich bemerkt der Kriegsminister gegen den Abg. von Sybel, daß, wenn der Abg. für Bielefeld in dessen Rede keine Logik gefunden habe, er seinerseits diesem Urtheil nur bestimme. Der herbe Anfang habe in keiner Weise zu dem milderden Schluß gepaßt. Dann schloß der Kriegsminister mit folgender persönlichen Bemerkung: Der Abgeordnete für Crefeld hat meine politische Zuverlässigkeit in Zweifel gezogen. Wenn man mich politisch für unzuverlässig erachtet, so bitte ich, mir nachzuweisen, wann und wo das geschehen. Bis dahin aber muß ich mir solche Insinuationen entschieden verbitten (großer Lärm). — Der Abg. General v. Pfuhl: Sehr wahr! — Der Präsident: Der Abg. v. Pfuhl hat nicht das Wort. — Abg. v. Pfuhl: Die Herren aber auch nicht. — Der Präsident: Wenn der Abg. v. Pfuhl nicht zu sprechen aufhört, so muß ich ihn zur Ordnung rufen. — Kriegsminister: Ich gehe über diesen Fall hinweg und schließe damit meinen Vortrag, indem ich mir eine Entgegnung auf den Commissions-Bericht vorbehalte.

Der Präsident vertagt die Sitzung. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr.

Deutschland.

Deutschland.
Berlin, 11. September. In Abgeordnetenkreisen ist man der Ansicht, daß Twesten, Stavenhagen und Genossen in Folge der Roon'schen Rede morgen ihr Amendement zurückziehen und sich den Commissionsanträgen anschließen werden. Obgleich dies auf das Resultat der Abstimmung keinen Einfluß ausübt, so wird doch die Majorität gegen die Regierung

dadurch noch größer; möglich sogar, daß auch einige Mitglieder der Vincke'schen Partei sich noch entschließen, für den Commissionsantrag zu stimmen. Vincke selbst soll über sein Verhalten noch nicht im Reinen sein, und bringt man damit die Thatsache in Verbindung, daß er, der morgen eigentlich zuerst als Redner gegen den Commissionsantrag das Wort hatte, dies an Herrn v. Patow abgetreten hat. Dieser muß allerdings die Reorganisation vertheidigen. Im Allgemeinen haben die heutigen Auslassungen des Finanzministers sowohl wie die des Herrn v. Noor bei den Abgeordneten die Überzeugung befestigt, daß die Regierung eine Auflösung der Kammer beabsichtige. Wahrscheinlich dürfte dieselbe alsdann, wenn am Montage bei der ersten Position die Mehrkosten für die Reorganisation gestrichen werden, am Dienstag erfolgen.

— Professor Eduard Hildebrandt tritt heute eine Reise nach Ostindien an, um durch neue Eindrücke sein schöpferisches Talent zu beleben. Bekanntlich hat der Künstler schon früher den Orient und Süd-Amerika zu gleichem Zwecke mit Erfolg besucht.

London, 10. Septbr. (R. B.) Wie die heutige Times meldet, werden der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin von Preußen in ungefähr 14 Tagen zur Stärkung der Gesundheit Ihrer Königl. Hobeit auf der Dampf-Yacht Osborne eine Reise nach dem Mittelmeer antreten.

Danzig, den 12. September.

* Die außersordentlich ergiebige diesjährige Obsternnte giebt sich bei uns durch eine sehr bedeutende Busuhr von Obst aller Art zur Genüge kund. Trotzdem stehen die Preise des selben zu dieser Fülle in keinem richtigen Verhältniß, indem sie nicht so billig sind, als man dies nach der außersordentlich guten Ernte anzunehmen berechtigt sein dürfte.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.



 Die heute fällige Berliner Mit-
tags = Depesche war am Schlusse
des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 11. Septbr. Getreidemarkt. Weizen
loco stille, ab Auswärts gedrückt. — Roggen loco fest, ab
Östsee und Königsberg 80 — 81 disponibel, Frühjahr 75 zu
beiden Verkäufer. — Del October 30% — $\frac{3}{4}$, Mai 29% —
 $\frac{1}{2}$. Kaffee fest, sehr beschränkter Umsatz. Bink 1500 Et.
loco 11%.

London, 11. Septbr. Wetter schön. Consols 93 $\frac{3}{4}$. 1% Spanier 44 $\frac{1}{4}$. Mexikaner 31 $\frac{1}{4}$. Sardinier 82. 5% Russen 94. Neue Russen 93.

Liverpool, 11. September. Baumwolle: 2000 Ballen
Umsatz; Preise etwas besser.
Paris, 11. September. 3% Rente 69,65. 4½% Rente
96,20. Italienische 5% Rente 71,05. 3% Spanier 48½.
1% Spanier 44%. Österreichische Staats-Eisenbahn-
Actien 478. Credit mob.-Actien 948. Lomb.-Eisenbahn-
Actien 607.

Produktentmärkte.

Danzig, den 12. September. **Bahnpreise.**
 Weizen gutbunt, fein und hochbunt 125,7—128,9—130,31—
 132,48 nach Dual. 86,87 1/2 — 88,91 — 91 1/2 /94 — 95,100
 Igo.; ord. bunt und ord. roth dunkel 120,3—123,78 von
 70,75—77,80 82 1/2 Igo.

Roggen schwer und leicht 57 1/4/57—55/53 *Sgt.* *grc* 125 u
Erbsen von 55—58/59 *Sgt.*
Gerste kleine 103/105—107/110^g von 42/43—44/46 *Sgt.*
do. große 106/8—110/15^g von 44/45—48/50 *Sgt.*
Hafer von 26/27—29/30 *Sgt.* nach Qualität.
Spiritus 17 1/4 *Rb.*

Getreide-Börse. Wetter: sehr schön.
Weizen unverändert, bei schwacher Kauflust, 76 Lasten
Umsatz: bezahlt für 129 $\frac{1}{2}$ ordinair roth ₣ 495. 125 6 $\frac{1}{2}$

recht hell Nr. 535, 130 z bunt Nr. 546 Nr. 85 z , 132, 3 z
frisch hellbunt Nr. 580 Nr. 85 z . — Roggen ziemlich unver-
ändert, frisch 117 Nr. 318, 120, 121 Nr. 330 Nr. 125 z .
— 107 z kleine Gerste Nr. 252. — Spiritus zu $17\frac{1}{2} \text{ Rb.}$
gehobelt.

Königsberg, 11. Sept. (K. H. S.) Wind: SW. + 17.
 Weizen unverändert flau, hochbunter 128 — 32 $\frac{1}{2}$ 88 — 94
 I_{gr} bez., bunter 127 — 28 $\frac{1}{2}$ 85 I_{gr} , rother 129 $\frac{1}{2}$ 88 I_{gr} bez.
 — Roggen matt, loco 119 — 20 $\frac{1}{2}$ 55 I_{gr} bez.; Termine matt, 120 $\frac{1}{2}$ pr September 57 I_{gr} Br., 56 $\frac{1}{2}$ I_{gr} Gd.,
 pr September-October 56 $\frac{1}{2}$ I_{gr} bez., 80 $\frac{1}{2}$ pr Frühjahr 55 I_{gr} Br., 54 I_{gr} Gd., 120 $\frac{1}{2}$ pr Mai-Juni 53 I_{gr} Br., 52 I_{gr} Gd. — Gerste fest, große 100/10 $\frac{1}{2}$ 34 — 50
 I_{gr} , kleine 95 — 108 $\frac{1}{2}$ 35 — 48 I_{gr} Br. — Hafer matt, loco 70 — 82 $\frac{1}{2}$ 23 — 30 I_{gr} Br., 50 $\frac{1}{2}$ pr Herbst 27 I_{gr} Br.,
 26 I_{gr} G. — Erbsen sehr stille, weiße Koch = 55 — 65 I_{gr} , Futter = 50 — 53 I_{gr} Br. — Leinsaat fest, mittel 114 $\frac{1}{2}$ 87 I_{gr} bez. — Rübsaat, Winter- 100 — 18 I_{gr} pr Okt. Br. — Timotheum 5 — 8 $\frac{1}{2}$ R_{f} pr Okt. Br., 6 R_{f} pr Okt. bez.
 — Rübel 14 $\frac{1}{2}$ R_{f} pr Okt. Br. — Rübluchen 60 I_{gr} pr
 $\text{Okt. Br. — Spiritus. Loco Verläufer 19 R}_{\text{f}}$, Käufers 18 $\frac{1}{2}$ R_{f} ohne Fäß; loco Verläufer 19 $\frac{1}{2}$ R_{f} mit Fäß; pr September Verläufer 19 R_{f} , Käufers 18 $\frac{1}{2}$ R_{f} ohne Fäß; pr September-October Verläufer 19 $\frac{1}{2}$ R_{f} mit Fäß; pr November-März Verläufer 17 R_{f} ohne Fäß; pr Frühjahr 1863 Verläufer 19 R_{f} mit Fäß ~~zu~~ 8000 v. Gt. Tr.

Jahr 1863 verkaufte 19 Kg mit Wass. 8000 pqt. Dr.
Bromberg, 11. Septbr. Weizen 125—128 $\frac{1}{2}$ holl.
 (81 $\frac{1}{2}$ 25 Lb bis 83 $\frac{1}{2}$ 24 Lb Bollgewicht) 62—64 Rb., 129
 —130 $\frac{1}{2}$ 64—68 Rb., 131—134 $\frac{1}{2}$ 70—73 Rb. — Rog-
 gen 120—125 $\frac{1}{2}$ (78 $\frac{1}{2}$ 17 Lb bis 81 $\frac{1}{2}$ 25 Lb) 42—44
 Rb. — Gerste, große 34—36 Rb., kleine 28—30 Rb. —
 Hafer alter 1 Rb., frischer 25—26 Rb. — Erbsen 40—42
 Rb. — Raps 90—96 Rb. — Rübsen 90—95 Rb. — Spi-
 zige 18 Rb. bis 2000 Rb.

ritus 18 Ag. yr 8000 %.
 Stettin, 11. Septbr. (Ostl. B.) Wetter: trübe, + 15°
 N. Wind: NW. Weizen loco und nahe Termine wenig
 verändert, Frühjahr niedriger, yr 850 loco gelber Schles. 73
 — 75 Ag. bez., Ustermärker 75% Ag. bez., weißer Döderbr.
 75 $\frac{1}{4}$ Ag. bez., gelber Galiz. 68 — 70 Ag. bez., weißer Kra-
 tauer 75 $\frac{1}{2}$ — 78 Ag. bez., weißer Schles. 78 Ag. bez., bunter
 Posener 71 — 73 Ag. bez., 83/85 $\frac{1}{2}$ gelber Septbr. 76 $\frac{1}{2}$ Ag.
 bez., September - October 76 $\frac{1}{4}$ — 76 Ag. bez., 76 $\frac{1}{4}$ Ag. Br.,
 Frühjahr 75 — 74 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Ag. bez., 74 $\frac{1}{2}$ Ag. Br. — Roggen
 unverändert, yr 2000 loco 49 — 50 $\frac{1}{2}$ Ag. bez., 818 51 Ag.
 bez., September - October 49 Ag. Br., 48 $\frac{1}{2}$ Ag. Gd., Oc-
 tober - November 47 $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 47 Ag. bez. und Gd., Frühjahr

45 R. bez., Br. und Gd. — Gerste, loco $\frac{1}{2}$ 70% Schles. 40—41 R. bez. — Hafer loco $\frac{1}{2}$ 50% geringe Schles. 23 R. bez. — Winter-Rübsen loco 103—103 $\frac{1}{2}$ R. bez. — Rübböhl behauptet, loco 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., September-Octob. 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., April-Mai 14 $\frac{1}{2}$ R. Br., 14 R. Gd. — Spiritus flau, loco ohne Fass 17%, $\frac{1}{2}$ R. bez., September 17 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Gd., September-October 17 $\frac{1}{2}$, 16%, $\frac{1}{2}$ R. bez., October-November 16 $\frac{1}{2}$ R. Br., Frühjahr 16 R. bez. — Leinöl fest und steigend, loco incl. Fass 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., Sept.-October 14 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., October-November 13 $\frac{1}{2}$, 14, 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., November-December 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., April-Mai 13 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. — Thran, Süßsee = 12% R. bez. — Hanföhl. Lief. Russ. 14 R. Gd. — Schweineschmalz, Amerik. 5% R. verfst. bez. — Hering. Schott. crown und fullbrand 10% R. trans. bez.

Berlin, 11. September. Wind: West. Barometer: 28¹. Thermometer: frisch 10° +. Witterung: trübe. Weizen $\frac{1}{2}$ 25 Scheffel loco 65—78 R. — Roggen $\frac{1}{2}$ 2000% loco 48%—50 R. do. September 49%, 50, 49% R. bez. und Gd., 49% R. Br., September-October do., October-November 48%, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., 48 R. Gd., November-December 47%, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., 47 R. Gd., Frühjahr 46, 46 $\frac{1}{2}$, 46 R. bez. — Gerste $\frac{1}{2}$ 25 Scheffel große 36—40 R. — Hafer loco 22—24 R. — $\frac{1}{2}$ 1200 R. September-October 22 $\frac{1}{2}$ R. Br., October-November 22% R. bez. — November-December 22% R. Br., Frühjahr 23 R. bez. — Rübböhl $\frac{1}{2}$ 100 Pfund ohne Fass loco 14 $\frac{1}{2}$ R. bez., Br. u. Gd., September-October do., October-November 14 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., 14 $\frac{1}{2}$ R. Gd., November-December 14 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., 14 $\frac{1}{2}$ R. Gd., Mai 14 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Br., 14 $\frac{1}{2}$ R. Gd. — Leinöl $\frac{1}{2}$ 100 Pfund ohne Fass loco 15 R. — Spiritus $\frac{1}{2}$ 8000% loco ohne Fass 18%, 18 R. bez., September 17 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Gd., 17 $\frac{1}{2}$ R. Br., September-October do., October-November 16%, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Gd., 16 $\frac{1}{2}$ R. Br., Mai 16 $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{2}$ R. bez. und Gd., 16 $\frac{1}{2}$ R. Br. — Mehl. Wir notiren für Weizenmehl Nr. 0. 5%—5 $\frac{1}{2}$

Meine liebe Frau Elisabeth geb. Hoffmann wurde heute Vormittag 11 Uhr von einem gesunden kräftigen Knaben glücklich entbunden. Danzig, d. 12. September 1862. Robert Kloß.

[7151]

Bei L. G. Homann in Danzig, Kunst- und Buchhandlung, Sopengasse 19, ging ein: Illustriertes Hans- und Familien-Lexikon.

Ein Handbuch für das praktische Leben.

Dieser alphabetische Hausschatz aller für das tägliche Leben wissenswerthe Kenntnisse, die neuesten auf das Hauswesen bezüglichen Erfindungen und Verbesserungen in übersichtlicher Vollständigkeit enthaltend, mit zahlreichen erläuternden Abbildungen, verdient in jeder Familie Eingang zu finden. Das bestweise Erscheinen erleichtert die Anschaffung des Werks. [7138] Vollständig in 69—80 Heften oder 6—8 Bänden. Preis des Heftes 7 $\frac{1}{2}$ Ngr., des Bandes geh. 2 Thlr. 15 Ngr., gebunden 2 Thlr. 24 Ngr.

Steinkohlenverkauf.
Am 15. d. M. eröffne ich den Einzel-Verkauf von Englischen Coke, Maschinen- u. Kaminkohlen ab Schiffs am Kalkort.

In besondere empfehle die Kaminkohlen für Stuben und Küchenheizung, indem dieselben geruchfrei und sparsam im Verbrennen sind, nur wenig Asche und keine Schlacken zurücklassen.

Bestellungen werden ab Schiff, oder frei an Käufers Thürre zum billigsten Preise in meinem Comptoir entgegengenommen.

A. Wolfheim,

Kalkort No. 27.

Für die Herren Käufer, Verkäufer, Geldausleiher u. s. w.

Diejeniger Herren Käufer, welche sich bald anziedeln gedenken, bis jetzt aber noch keinen guten und billigen Betrag gefunden haben, mögen sich hier melden. — Ebenso diejenigen Herren Verkäufer, denen es daran liegt, ihre Besitzungen noch in diesem Jahre zu veräußern.

Imgleichen der Herren Darlehnsgeber mit Angabe ihrer auszuleihenden Summen.

Endlich will man die vacanten Stellen jeder Branche hier anmelden.

Alle Aufträge werden reel und prompt erledigt.

Marktsleden Lasdehnen, Kr. Billstall.

Das Central-Agentur-Bureau.

[6358]

Milkau.

Echte Havannah-Cigarren im Preise von 20 bis 160 Thlr. pro mille empfiehlt die unterzeichnete Haupt-Agentur für Westpreußen der Firma Fernandez de Garvalho & Co. in Havannah.

Proben der kleinsten Quantität unter Berechnung der Mille-Preise werden verabfolgt und nicht convenientende Cigarren umgetauscht.

Rich. Maync,

Comptoir: Heil. Geistgasse 109.

Zwei-Adler-Küstenheringe vom Frühlingslange empfehlen billigst [6969] Alexander Prina & Co.

R. Nr. 0. u. 1. 4 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ R. Roggenmehl Nr. 0. 3%—4% R. Nr. 0. u. 1. 3 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{2}$ R.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, den 11. Sept. Wind: N. Angelkommen: H. G. Ottmans, Cornelia, Rotterdam, Ballast. — W. Wohler, Anna, Getrude, Lübeck, Ballast. — J. Buchan, Arrow, Port Gordon, Heringe. — J. Stettin, Martha, Wismar, Ballast. — J. Sillenstaedt, Bergens Paket, Lübeck, Ballast. — P. D. Mortensen, Baron Reedz Thott, Korsoer, Ballast. — M. J. Lund, 7 Söderkende, Nyborg, Ballast. — J. Taylor, Bessie, Helmsdale, Heringe. — J. W. Krebs, Emilie August, Roskod, Ballast. — J. Matthesen, Prinses Caroline Amalie, Korsoer, Ballast. — J. P. Kraest, Hohenzollern, Sonderland, Kohlen. — C. H. Köhler, der junge Jan, Eckernförde, Ballast. — C. E. Falke, Friedr. Wilhelm IV., Hull, Kohlen. — A. Mc. Kenzie, Ocean Child, Macduff, Heringe. — H. C. Groenwald, Talette, Bremen, Güter. — C. H. Wolter, Henriette, Beile, Ballast. — J. Bander, Gustav, Stettin, Güter. — E. W. Hammer, Ida (SD), Swinemünde, leer. — J. Sutherland, Moor, Elbsteine. — J. Thiese, Carl Gustav, Swinemünde, Gypssteine. — O. Helliesen, Pilten, Stavanger, Heringe. — R. Elferwing, Silden, Stavanger, Heringe. — P. Rönne, Flora, Schleswig, leer. — A. J. Semb, Bien, Odense, Ballast. — W. Inster, Wave, Newcastle, Stückgut. — D. Olsen, Larssen, Stavanger, Heringe. — H. Suhr, Catharine, Hamburg, Güter. — A. Seraggio, Rapid, Fraserburg, Heringe. — T. Ross, Shepherd, Wick, Heringe. — J. Köller, Aurora, Bremen, Bauholz. — W. Wright, Express, Helmsdale, Heringe.

Retour eingekommen: J. Brandt, Ameise. — T. Körpe, Martha.

Thorn, 10. Septbr. Wasserstand: 1' unter 0.

Strömab:

L. Schfl. Moses Neiberg, G. Rosenblatt, Lenzichow, Dzg., L. H. Goldschmidt S., 186 St. h. Holz, 2060 w. Holz, 83 Last Fasholz, 2 L. Wz., 48 — Ng. M. Tannenbaum, Tannenbaum, Radzimie, Danzig, 1045 St.-Anl.

Verspätet.

Wegen verspäteter Ankunft einer bedeutenden Sendung Regenschirme bin ich genöbigt, meinen Aufenthalt hier noch einige Tage zu verlängern, um sämtliche Schirme gänzlich auszuverlaufen:

200 Stück seidene Regenschirme per Stück 2 Thlr. u. 2 $\frac{1}{2}$ Thlr.

500 Stück Regenschirme in allerschwerster Seide per Stück 2 $\frac{1}{2}$, 3 und 3 $\frac{1}{2}$ Thlr.

150 Stück englische und französische Patent-Regenschirme per Stück 3 $\frac{1}{2}$ Thlr.

250 Stück Regenschirme von Alpaca per Stück 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.

500 Stück Regenschirme von englischem Leder per Stück 1 Thlr.

400 Stück eckfarbige baumwollene Regenschirme per Stück 15 und 20 Sgr.

200 Stück En-tous-eas in guter Seide per Stück 1 Thlr.

Alte Schirmgestelle werden in Zahlung angenommen.

Gänzlicher Ausverkauf einer Partie echter Doppelt-Gummischuhe, für deren Dauer garantiert wird.

Alex Sachs aus Berlin und Köln a. R.,
Echhaus Langgasse No. 45, gegenüber dem Rathause, 1 Treppe hoch.

Guts-Verkauf.

Ein Gut, $\frac{1}{2}$ Meile vom Absakorte (Kreisstadt) an der Chaussee, bestehend aus 580 Morgen preuß. Maß, $\frac{1}{2}$ Weizen- und $\frac{1}{2}$ Roggenboden, 112 Morgen 2-schrittige Wiesen, sämtliche Gebäude herrschaftl. und ganz neu, Jaur. 20 Kühe, 7 Stück Jungvieh, 13 Pferde, 300 Schafe, ist für 33,000 Thlr. bei 10 bis 14,000 Thlr. Anzahlung zu verkaufen. Das Nachr. hierüber ertheilt

Theodor Kleemann in Danzig,
Breitgasse No. 62.

Mit dem Schiff „Meile“ Capt. Ewen empfang

Engl. Pat. Asphalt-Dachfilz den ich à 9 Ps. per Fuß offerire. [7095] **Herrmann Müller**, Lastadie 25.

Fertige Getreidesäcke von starken Drillichen, empfiehlt in großer Auswahl zu billigen Preisen

George Grubnau i. Danzig, Langebrücke.

N.B. Kartoffelsäcke von starker Leinwand kosten 5 Sgr. pro Stück. [7135]

In einigen Tagen schicke ich 2 Fuhren, darunter einen Möbelwagen, über Neustadt, Lauenburg, Stolp, Görlitz nach Colberg, und nehme Güter nach genannten Plätzen zu billigsten Frachtsäcken entgegen. [708] Herrmann Müller, Lastadie 25.

Ein großer Instrumenten- und Möbelwagen ist zu haben Lastadie 25.

20 fernfette Ochsen sind in Faulelaak (Mehrung) zu verkaufen. Näheres in Danzig, Reitbahn No. 19. [7127]

Diverse Geschäftsstellen hierorts wie auch außerhalb haben läufig und auch pachtweise im Auftrage zu vermitteln und ertheilen nähere Auskunft **E. Schulz & Co.** Voigtschl. 11.

Ein Comptoir in der Hundeg. ist zu vermieten. Näheres Hundeg. 61 im Comptoir.

Hypotheken-Capitalien jeder Größe sind auf ländliche Besitzungen zu bestätigen durch **Theodor Kleemann** in Danzig, Breitgasse 62.

Für ein Restaurations- und Bier-Local wird 15. d. Mts. ab verlangt. Zu erfragen in der Expedition dieser Zeitung. [7075]

Weizdorn-Pflanzen.

Zu beisondern Preisen sind Weizdorn-Pflanzen zu haben:

drei-jährige 100 Stück 1 Thlr.

zwei-jährige 100 Stück 20 Sgr.

ein-jährige 100 Stück 10 Sgr.

Bei Entnahme von 1000 bis 10,000 Stück noch billiger. Bestellungen werden frühzeitig erwartet. Danzig Breitgasse 100, 1 Treppe.

Mein Lager Bettbezüge, Bettwachen, Federleinen, Einschüttungen, Gardinenzeuge, Bettdecken, Piques, Parcloses, Cord, Moltons, Filanellen, Düppel, bunte Biber, Kalmucks, Lama sc. und eine Partie car. Kleiderzeuge à 2 Sgr., Preise ganz fest, empfiehlt

Otto Retzlaff.

Circa 5000 Thaler sind im Ganzen oder getheilt auf ländliche Grundstücke ohne Einmischung eines Dritten zu begeben. Näheres in der Expedition dieser Zeitung. [7152]

Das concessionirte Central-Vermittlungsbureau von A. Jordan, Hundegehege No. 118, empfiehlt sich dem verehrten Publikum zum Nachweise von Ober-Inspectoren, Rechnungsführer, Buchhalter, Handlungsbüchsen, Ladenmeiselles sc. sowie der Stellejuchenden zum Nachweise von Principalen. Ebenda selbst werden auch Lehrlinge für das laufmännische wie für jedes andere Geschäft nachgewiesen. Lehrlings-Anmeldungen seitens der Eltern oder Vormünder zur Unterbringung derselben werden unentgehtlich entgegen genommen. [7146]

Eine concessionirte Gouvernante, welche als solche fungirt hat, auch im Französischen und in der Russ. Unterricht ertheilt, wünscht ein anderweitiges Engagement. Näheres Heilige-Geistgasse No. 44. [7139]

Ein Bursche, am liebsten vom Lande, der Lust hat die Stahl- und Eisenwaren-Handlung zu erlernen und mit den nötigsten Schulkenntnissen betraut ist, findet sofort ein Unterkommen. Näheres unter No. 7143 durch die Expedition dieser Zeitung.

20 Thlr. demnigen Vermittler, welcher einem, mit guten Zeugnissen versehenen jungen Mann, der das Holzgeschäft gründlich erlernt, eine Stelle in dieser Branche verschafft. Adresse in der Expedition dieser Zeitung unter No. 7128.

Einige $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Preußische Lotterie-Lose, so wie Anteile zu 1, 2, 3, 4 und 5 R. habe ich noch billig abzulassen.

Stettin.

G. A. Kaselow, Ein Hanslehrer (Literat) wünscht sofort plaziert zu werden. Ges. Adr. unter Chiffre O. S. poste restante Oliva bei Danzig. [7148]

W. Becker, C. Fraude, Nadzimie, Stettin, 913 St. h. Holz, 679 St. w. Holz, 18 Last Bohlen. J. Grunell, Lauterbach, Nadzimie, Stettin, 728 St. w. Holz, 344 Last Eisenbahnschwellen. Mt. Frenkel, Reinhold, Kozenic, Danzig, 215 St. h. Holz, 135 St. w. Holz.

Fondsbörse.

Berlin, 11. September.

B.	G.	B.	G
----	----	----	---